

Vereinbarung eines Bonn-Vertrages klemmt:

Kein Gesprächstermin für Bonner Anliegen im BMI

"Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite politische Zentrum."

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 16. Dezember 2013

"Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum."

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018



Dieser Zugang blieb für Bonns OB bislang verschlossen

Im Juni 2019 teilte OB Ashok Alexander Sridharan dem Stadtrat mit, über welche Themen einer neuen Vereinbarung er gern zusammen mit Vertretern der Landesregierungen von NRW und Rheinland-Pfalz sowie den benachbarten Landräten mit der Bundesregierung verhandeln möchte. Der Vertrag soll die Zukunft des zweiten Regierungssitzes dauerhaft regeln. Für Januar 2020 kündigte der OB Ergebnisse an. Tatsächlich erhielt er erst im Januar überhaupt den ersten Gesprächstermin im federführenden Innenministerium. Der wurde kurzfristig wegen Erkrankung der zuständigen Staatssekretärin abgesagt und bis Juni nicht neu angesetzt. Seit Ulrich Kelber sein Bundestagsmandat niedergelegt hat und Datenschutzbeauftragter geworden ist, hat Bonn keine wirksame Lobby mehr in Berlin. Nur Kelbers Wirken war es zu verdanken, dass Neuverhandlungen über einen Bonn-Vertrag überhaupt in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen worden waren. Jetzt läuft Bonn die Zeit weg. Denn bis zur Neuwahl des Bundestages ist es nur noch ein Jahr und die Rettungspakete infolge der Corona-Krise reduzieren sicher die Freigiebigkeit der amtierenden Bundesregierung Bonn gegenüber.

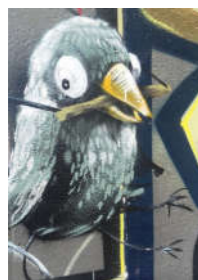
Währenddessen geht die Rutschbahn ministerieller Arbeitsplätze weiter Richtung Berlin. Zum 31.12.2019 waren 14 934 Ministeriums-posten in Berlin, nur noch 6.686 in Bonn. Dass damit der Berlin-Bonn-Vertrag verletzt wird, nach dem die Mehrzahl eigentlich in Bonn verbleiben sollte, liegt auf der Hand.

OB will WCCB erweitern

BBB hält das für illusionär

Auf neun Seiten haben am 19. Juni 2019 die beiden Staatskanzleien aus Mainz und Düsseldorf sowie die Stadt Bonn mit den benachbarten vier Landkreisen ihre Wünsche für einen neuen Bonn-Vertrag zusammengetragen. Manches darunter hat Hand und Fuß, anderes erscheint reichlich illusionär. Dazu rechnet der BBB insbesondere die Forderung von OB Sridharan, "das World Conference Center Bonn (WCCB) für Konferenzen der VN baulich zu erweitern." Für den BBB geht das weder städtebaulich noch architektonisch. Und nach der mit Skandalen behafteten Fertigstellung des WCCB für rd. 300 Mio. Euro Steuergelder lehnt er weitere Ausgaben ab, nur um ein paar zusätzliche Konferenzen der UN nach Bonn zu holen. Noch nicht einmal den "Petersberger Klimadialog" konnte man übrigens auf dem Petersberg halten. Er findet weiter unter diesem Titel, aber in Berlin statt.

Vorsicht! Entfesselungskünstler unter uns

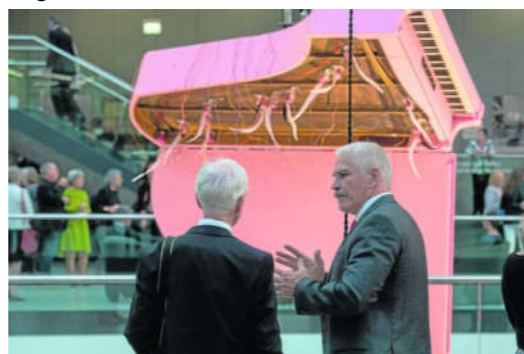


Wenn Sie morgens aufwachen und ein Gebäude in der Nachbarschaft vermissen, wundern Sie sich nicht. So erging es auch den Nachbarn des einst renommierten Restaurants Cäcilienhöhe in Bad Godesberg. Der Abbruch dieses Hauses war laut Stellungnahme der Verwaltung nämlich "genehmigungs- und anzeigefrei!" (DS 1910152ST2). Das ist ein Ergebnis der von ihnen selbst so genannten "Entfesselungspolitik" der CDU / FDP - Landesregierung Laschet / Stamp. Zerstören darf jetzt jeder ganz unbürokratisch, sobald er darauf Lust hat. So wie es sicher Klein-Armin und Klein-Joachim früher nur im Sandkasten durften. Jetzt sind halt einige im Land wie entfesselt unterwegs. Und stellen so manches an. Rette sich, wer kann, meint

Euer Rabe Cleverle

Pinker Konzertflügel beim Beethovenfest: Das kostete dem BBB zu viel Geld!

Verärgert hat den BBB der laxer Umgang des Beethovenfestes mit dem Geld der Steuerzahler. 420.550 Euro fehlten 2018 in der Kasse, trotz Zuschüssen von 2,16 Mio. Euro. Von den 31.247 angebotenen Karten wurden mit 17.220 Tickets nur 55,11% verkauft. Das Fass zum Überlaufen brachte für den BBB aber die Installation des 400 kg schweren rosa Konzertflügels, der an der Decke des Foyers im WCCB für vier Wochen aufgehängt wurde. Allein die Installation "Zukunftsschrei(b)maschine", die die Konzertbesucher mit einem Hahnenschrei auf den Konzertbeginn aufmerksam machte, kostete, wie der BBB auf Anfrage erfuhr, 62.000 Euro. Für den BBB sprengte das den Rahmen des Erträglichen. Er kritisierte, dass hier viel zu verschwenderisch Geld für wenig sinnvolle Zwecke eingesetzt wurde und wies darauf hin, dass für diesen Gag mehr Geld ausgegeben wurde, als das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeitnehmers, das im Jahr 2018 46.560 Euro betrug.



"Bei der augenblicklichen Diskussion ... wundert es mich, dass von niemandem die verquast und geschmacklosen sowie überaus kostspieligen Programmzutaten angesprochen werden. Ich erinnere nur an die Installation des ausgeweiteten, pinkfarbenen getrichenen Konzertflügels, der von der Decke herab über unseren Köpfen pendelte, und dabei über Lautsprecher ein krächzendes Kikeriki ausstieß. Solche Zutaten haben mich jedenfalls von vielen Konzertbesuchern abgehalten."

Dr. Eckert Leheld im Bonner GA vom 23. Juli 2019

"Ob nachträglich darüber nachgedacht wird, was zum Beispiel die Installation des Künstlers Georg Nussbaumer eigentlich gekostet hat? Das Ausweiden eines großen Konzertflügels, seinem Zweck entsprechende Präparation und rosarote Bemalung, der Transport des Flügels von Wien nach Bonn, die Aufhängung über Kopf mit schwerem Gerät unter dem Dach des Foyers in der Kongresshalle und die Bedienung durch zwei Personen, damit der Flügel wie eine Glocke schwingt und dabei über Lautsprecher ein Kikeriki in den Saal ausstößt?"

Eckart Leheld im Bonner GA am 18. Dezember 2018

Zu guter Letzt:



RATS-REPORT 01/20

BBB

Bonn im Griff des Klimawandels



Neu, aber nicht überraschend ist es, dass der Winter in Bonn ganz ausbleibt. Die Temperaturen stiegen bereits im Januar an, die ersten "Osterglocken" blühten Anfang März, die Magnolienblüte begann mit den ersten Arten im Februar - die Vegetation war noch einmal um drei bis vier Wochen früher dran, als in den vergangenen, schon ungewöhnlich warmen Jahren. Der Klimawandel hat Bonn fest im Griff.

"Das Bonner Becken zählt zu den wärmsten Stellen in Deutschland. Wir registrieren die mildesten Winter, die wenigsten Frostnächte und unterdurchschnittlich wenig Niederschläge. Die Bonner Innenstadt kann man getrost als Trocken-Insel bezeichnen."

Professor Maximilian Weigend, Professor für Biodiversität der Pflanzen am Nees-Institut in Bonn-Poppelsdorf und Leiter der Botanischen Gärten der Universität Bonn.

Bonner Betonfraktionen unbelehrbar

Des ungeachtet vernichten Grüne, CDU, SPD und FDP weiter im Stadtgebiet wertvolle Grün- und Freiflächen, um sie in Büros und Baugebiete, vorzugsweise für Sozialwohnungen, umzuwandeln. Die Verdichtung der Bebauung hat unmittelbar negativen Einfluss auf das Mikroklima und damit auf die Umwelt- und Lebensqualität der benachbarten Wohngebiete.

Ein Gutachten des Deutschen Wetterdienstes rechnet als Folge der geplanten Bebauung des Nachbargrundstücks der T-Mobil am Landgrabenweg in Beuel in dem benachbarten, bereits vorhandenen Wohngebiet mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Jahrestemperatur um 0,1° und an warmen Abenden sogar mit höheren Temperaturen von 0,5 bis 1,5°. Aber dort wohnen die Stadtverordneten, die das beschließen, nicht, und das schert sie daher nicht. Bonn schafft sich so den Klimawandel selbst.

Was bleibt für die Stadt vom Kaufpreis übrig?

Ashok-Alexander, der Ruinator von Bonn

Als CDU, FDP, Grüne und SPD gemeinsam mit CDU-OB Sridharan im Rat den Weg für den Verkauf der Grundstücke vor dem Hauptbahnhof freimachten, war ihr Jubel noch groß. Jetzt hat sie der Katzenjammer ergriffen. Denn das Ergebnis ist ein Desaster. Weder gefällt die Optik der Lego-Klötze auf dem Nordfeld, noch wird der Verkauf dieses Filetgrundstücks für die Stadt ein Geschäft. Wer etwas bestellt, geht normalerweise davon aus, dass es so auch geliefert wird. Nicht aber CDU-OB Ashok Alexander Sridharan. Statt heller Natursteine, wie vor Vertragsschluss gezeigt, kamen dunkelgraue Ziegeln. Der CDU-OB hat mit dem Investor im Mai 2017



So war es bestellt.

einen miserablen Kaufvertrag abgeschlossen. Denn darin steht kein Wort zur Fassade, über deren Material und Farbgebung die Öffentlichkeit schlicht getäuscht wurde. Auch auf eine Mitsprache bei der Fassadengestaltung hatte der OB mit seiner Unterschrift verzichtet. Ergebnis: Fast 150 m trauergraue Monotonie zwischen Post- und Thomas-Mann-Straße.



So wurde es geliefert.

Und jetzt kommt es noch dicker für die Stadt. Der Investor legte eine lange Liste vor, mit der er angeblich zusätzliche und nicht vorhersehbare Baukosten für die Freimachung des Grundstücks entsprechend den Vereinbarungen im Kaufvertrag geltend macht. Diese Kosten waren im Ratsbeschluss von CDU, FDP, Grünen und SPD nämlich nicht gedeckelt worden. Von 23,5 Mio. Euro, die dem Rat einst als Kaufpreis vorgegaukelt worden waren, will der Investor 12,5 Mio. Euro als "Residualkosten" abziehen, sodass der Stadt noch ganze 11 Mio. Euro aus dem Verkauf dieses Filetgrundstücks blieben. Anerkannt hat der OB, der sich vertraglich nur vier Wochen für die Überprüfung dieser Forderungen ausbedungen hatte, bereits den Abzug von 7,8 Mio. Euro vom ursprünglich vereinbarten Kaufpreis.

"Als ich seinerzeit erstmals den monströsen, endlos erscheinenden Betonklotz im Rohbau sah, konnte ich nicht fassen, was sich da Hässliches vor mir ausbreitete... Nun haben wir es dieses Mal mit einem XL-Skandal im Doppelpack zu tun: dem finanziellen und dem ideell-ästhetischen... An diesem Monster kann niemand mehr vorbeigucken. Wir Bonner und alle Bahnhofnutzer müssen sich diese einfalllose Wucht an Beton von nun an antun. Eine schlimme Vorstellung."

Marlies Petry Ausserhofer im Bonner GA vom 9./10. April 2020

BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn · Altes Rathaus, Markt 2 · 53111 Bonn

Telefon 0228/77 54 45 · Fax 0228/77 54 47 · www.bbb-im-rat.de · v.i.S.d.P.: BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Hinweis zum Datenschutz: Diesen Newsletter können Sie jederzeit per Mail unter bbb.fraktion@bonn.de abbestellen, Ihre personenbezogenen Daten werden dann gelöscht. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://bbb-im-rat.de/datenschutz.html>

Experiment Bürgerdienste:

Zentralisierung krachend gescheitert



In die Bezirksrathäuser soll wieder Leben einkehren.

Nichts von seinen Versprechungen vor Schließung der Bezirksrathäuser als bürgernahe Dienstleistungszentren und vor Zentralisierung der Bürgerdienste im Bonner Stadthaus hat CDU-Stadtdirektor Wolfgang Fuchs rückblickend eingehalten. Der Frust insbesondere unter den älteren Einwohnern in den Stadtbezirken, in denen das einst von der CDU selbst eingeführte Konzept der bürgernahen Verwaltung beseitigt wurde, hat sich bis heute nicht gelegt, sondern ist ständig gewachsen. Statt Einsparung von 1,5 Mio. Euro an Personal- und Betriebskosten, die der für Organisation und Personal verantwortliche Dezernent zu Beginn seines Experimentes versprochen hatte, sind Mehrkosten in gleichem Umfang entstanden. Die Belegschaft wuchs von 116 auf 127 Stellen an. Und zusätzlich musste noch das Dienstleistungszentrum im Bonner Stadthaus, das mit dem so veranlassenen Ansturm völlig überfordert war, für 1,5 Mio. Euro umgebaut und erweitert werden.

Die Anträge des **BBB**, den Irrsinn rechtzeitig zu stoppen und zum bewährten dezentralen und bürgernahen System zurückzukehren, stimmten CDU, Grüne und FDP auch mit allen Stadtverordneten aus den Stadtbezirken Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg linientreu nieder. Am 13. September können die Bürger jetzt selbst mit ihrer Stimme entscheiden, ob sie künftig nicht lieber eine Ratsmehrheit für eine bürgernahe Verwaltung haben wollen.

"Aus meiner Sicht war und ist es eine Fehlentscheidung, alle Bürgerdienste im Stadthaus zu bündeln, mit der für mich als Bürgerin der Stadt sehr unangenehmen Folge, unter anderem mehrere Monate auf einen Termin zu warten, dann das so 'gemütliche' und ständig überfüllte Dienstleistungszentrum aufzusuchen, um mein Anliegen zu erledigen."

Gabriela Gniszda im Bonner GA vom 22. Mai 2020

"Als Beueler Bürgerin erinnere ich mich gerne daran, wie unproblematisch und kurzfristig jede Ausweisbeantragung, jede Um- und Abmeldung im Beueler Rathaus geregelt werden konnte. Als ich im vergangenen Sommer neue Ausweispapiere benötigte, lernte ich das sogenannte 'Dienstleistungszentrum' im Bonner Stadthaus kennen: ein Horror.... Hier zeigt sich, was 'schlanke Staat' am Ende bedeutet: Vieles funktioniert nicht mehr, und städtische Angestellte wie Bürger müssen den Mist ausbaden. Wir sollten dieses Konzept auf den Müllhaufen der Stadtgeschichte werfen und die bewährten, tüchtigen Bezirksverwaltungsstellen wieder wie früher im Kontakt mit uns allen diese Arbeit machen lassen."

Brigitte Groening im Bonner GA vom 21. Februar 2020

Es geht doch, wenn man es kann:

SWB führen das am Schlachthof vor



Was OB Ashok Alexander Sridharan als Dezernent für Liegenschaften und Wirtschaftsförderung seit Schließung des Schlachthofes vor 7 Jahren nicht zustande gebracht hat, lösten die Stadtwerke binnen weniger Monate.

Nach einem entsprechenden Auftrag des Rates, im Juni 2019 erteilt, legten sie jetzt ein schlüssiges Konzept für die Entwicklung des Dreiecks zwischen der Straße Am Dickobskreuz (Müllverbrennung), der Immenburgstraße und der Bahnstrecke vor. Ihnen gelang es, die dort mit Grundstücken Beteiligten unter einen Hut zu bringen, das Gelände neu aufzuteilen und alle bekannten öffentlichen und privaten Interessenten entsprechend ihren Vorstellungen zu berücksichtigen. Bonn Orange möchte dort z. B. eine moderne Wertstoffsammelstelle errichten, das Tiefbauamt seine Bauhöfe zusammenfassen. Auch für die Pop-Kultur ist Platz, um eine Ausbildungs- und Veranstaltungsstätte zu errichten. Entlang der Immenburgstraße verbleibt dann eine ausreichend dimensionierte Fläche, um interessante neue Unternehmen anzusiedeln und diesen Bereich aufzuwerten.

Ausländer in Bonn:

Syrer haben Nase vorn

Das dürfte manchen überraschen. Denn unter den fünf größten Gruppen unter den 62.140 in Bonn am 31.12.2019 gemeldeten Ausländern liegt der Nahe Osten vorn:

Syrer	7.015 (= 11,3%)
Türken	5.530
Italiener	2.745
Polen	2.615
Spanier	2.265

(Quelle: Information und Technik NRW 20.05.2020)

BBB besorgt:

Altersarmut nimmt zu

Dramatisch zugenommen hat die Altersarmut in Bonn. Beweis ist die wachsende Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter. Das sind Personen, deren Rente unter dem Sozialhilfeniveau liegt und entsprechend aufgestockt wird. Während deren Zahl in NRW 2019 im Vergleich zum Vorjahr nur um +0,2% stieg, empfingen im letzten Jahr 3 411 Bonner jenseits der 65 Jahre und damit + 2,4% mehr als im Vorjahr Grundsicherung. Im gesamten Rhein-Sieg-Kreis waren es bei rd. doppelter Bevölkerung mit 3 548 sogar 0,6% weniger als im Jahr 2018. Für den **BBB** ein Beweis dafür, dass sich in Bonn die sozialen Probleme und die Sozialkosten der Region konzentrieren.

Mehr Sicherheit dank BBB-Antrag:

Handy-Empfang für zwei Tiefgaragen



Hell, freundlich und demnächst auch mit Handyempfang sicher.

Umgesetzt wird in diesem Jahr der Antrag des **BBB**, Bonns Tiefgaragen für Handy-Empfang nachzurüsten. Die City-Parkraum, die zu den Stadtwerken gehörende Betreibergesellschaft, hat für das Jahr 2020 die notwendigen Mittel eingeplant, um die Markt- und Münsterplatzgarage entsprechend nachzurüsten. Dann werden Telefongespräche und Notrufe von dort möglich sein. Für den **BBB** ist das ein unverzichtbarer Sicherheitsgewinn und auch ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum. Und er wird nicht lockerlassen, bis alle städtischen Tiefgaragen ihren Kunden diesen Service anbieten.

Bei Gebühren und Tarifen

Stadt greift 2020 ordentlich zu

In diesem Jahr hat die Stadt zum Teil kräftig an der Gebührenspirale gedreht und damit die Wohnungskosten in Bonn erhöht:

Abfallentsorgung	+ 5,88 %
Straßenreinigung	+ 15,12 % bis 15,32 %
Schmutzwasser	+ 2,38%
Niederschlagswasser	+ 3,99 %
Strom EnW	+ 3,60 %

Der **BBB** konnte sich mit seiner Forderung nicht durchsetzen (Drucksache 190474-2AA), dass die zwar rechtlich noch tragbare, aber im Vergleich zu Köln (2,77 %) völlig überzogene Verzinsung des städtischen Eigenkapitals in Höhe von 6,06 % für das Jahr 2020 deutlich gesenkt und damit eine Entlastung der Gebührenzahler erreicht wird. Dies bedauern wir.

Dank guter Freunde in Düsseldorf:

Gehalt des OB kräftig erhöht

Mit einem "Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes" (sic!) haben CDU und FDP Bonns OB Ashok Alexander Sridharan die als "Krawattengeld" belächelte zusätzliche Aufwandsentschädigung von monatlich 489,10 Euro auf 1.358,11 Euro angehoben. Im Fall seiner Wiederwahl nach fünf Jahren würde sich sein derzeitiges Gehalt nach B 10 von derzeit 13.581,08 Euro auf dann 16.026,67 Euro erhöhen. Bezahlt wird das übrigens nicht vom Land, das dies beschloss, sondern aus der klammen städtischen Kasse. Das nennt man Großzügigkeit zu Lasten anderer Leute Geld.

BBB erreicht Korrektur:

Winterdienst bleibt bei der Stadt

Auf Initiative des **BBB** hat der Stadtrat die zum 1.1.2020 von CDU, SPD, FDP und Grünen beschlossene Übertragung der Reinigungspflicht und der Winterwartung von Fahrbahnen auf Anlieger in 86 Bonner Straßen wieder zurückgenommen. Die von dieser Mehrheit gemachte Auflage für Anlieger, nicht nur den Gehweg, sondern auch die Straße vor ihrer Haustür von Schmutz, Eis und Schnee zu befreien, war nach Ansicht des **BBB** eine Zumutung. Für den **BBB** ist die Straßenreinigung wie die Müllabfuhr ein Teil der Daseinsvorsorge, die die Stadt für die Bürgerschaft zu leisten hat.

Eben noch dickes Defizit:

Jetzt positiver Jahresabschluss 2019



Da zaubert Frau Heidler aus eben noch tiefroten plötzlich schwarze Zahlen herbei. Dem Finanzausschuss teilte die Kämmerin noch am 10. Dezember 2019 wörtlich mit, sie gehe davon aus, "dass sich das für 2019 in der Ergebnisrechnung veranschlagte Defizit in Höhe von 41,9 Mio. EUR um rd. 11,2 Mio. EUR auf dann -53,1 Mio. EUR erhöhen wird. Bei zusätzlicher Betrachtung der zu erwartenden Jahresabschlussbuchungen ergibt sich ein zu erwartender Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2019 i.H.v. ca. 33.400.000 EUR." Dem Stadtrat legt sie nun am 26. Mai 2020 die - hoffentlich- richtigen Zahlen vor. Danach wird für 2019 ein Überschuss von 9,83 Mio. Euro ausgewiesen und im Vergleich zu dem im Haushalt ausgewiesenen Defizit eine Verbesserung um 51,779 Mio. Euro bejubelt. Offenbar hat man in der 17. Etage des Stadthauses das Rechnen verlernt. Anders kann sich der **BBB** diese gewaltigen Differenzen innerhalb eines Quartals nicht erklären.

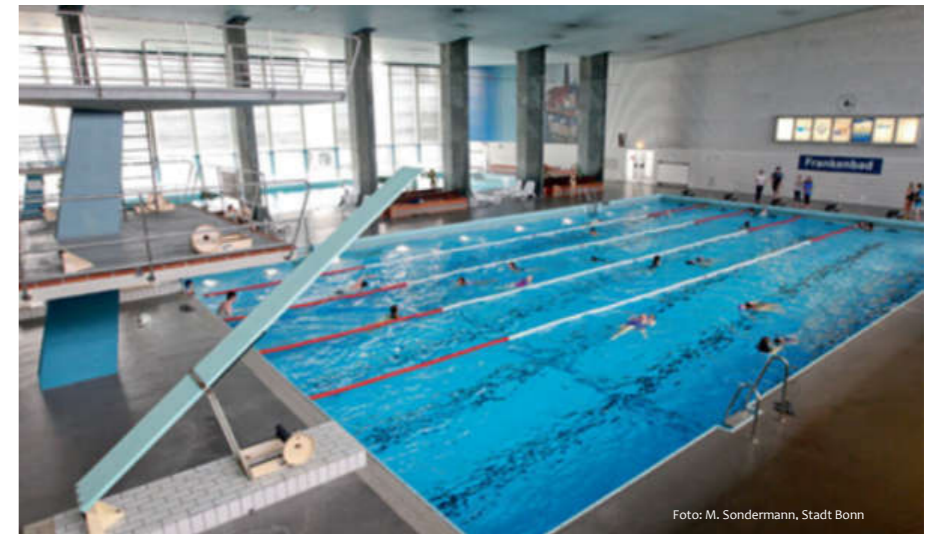
Antrag des BBB abgelehnt:

Grundsteuer-Erhöhung bleibt offen

Abgelehnt hat der Rat einen Antrag des **BBB**, die anstehende Grundsteuerreform in Bonn einkommensneutral umzusetzen. Damit wollte der **BBB** von vornherein verhindern, dass mit der Umstellung der Berechnungsgrundlagen auf diesem Weg heimlich, still und leise den Bürgern zusätzlich in die Tasche gegriffen und die Steuern in einem Aufwasch erhöht würden. Genau diesen Ausweg wollten sich CDU, FDP, Grüne und SPD aber ausdrücklich offenhalten.

Bonner Hallenbäder:

BBB kämpft für Erhaltung bewährter Standorte



Unser Frankenbad soll bleiben.

Was der **BBB** seit Jahren vergeblich gefordert hatte, wollten auch die Teilnehmer der Bürgerwerkstatt und jetzt plötzlich auch die Stadtverwaltung. Sie legt ein Konzept vor, das ein Hallenbad in jedem Stadtbezirk vorsieht. Der **BBB** begrüßt, dass jetzt endlich ein Neubau des Godesberger Kurfürstenbades am alten Standort vorgeschlagen wird. Seit 2016 ist dieser Stadtbezirk, der einst eine Badestadt war, ohne Schwimmhalle. Mit dem Konzept von OB Ashok Alexander Sridharan ist der **BBB** freilich in anderen Punkten nicht einverstanden.

Abgelehnt wird vom **BBB** im Stadtbezirk Bonn ein Neubau am Römerbad. Dieser Standort ist für den Stadtbezirk zu peripher gelegen und für die Schulen schlecht zu erreichen. Stattdessen soll das denkmalwerte Frankenbad saniert und für die nächsten Jahrzehnte in seinem Bestand erhalten werden. Zugleich verwirft der **BBB** den illusionären Vorschlag des OB, das Wettkampfbecken dort um zwei Bahnen zu erweitern. Mit der Sanierung des Frankenbades spart man weitere Millionen, die nach einem Neubau am Römerbad fällig würden, um das Frankenbad in ein rotgrünes „Soziokulturelles Zentrum“ umzubauen und später neben einem neuen Hallenbad im Bonner Norden mit hohem Kostenaufwand zusätzlich zu betreiben.

Für Beuel will der **BBB** eine Prüfung, was eine Sanierung oder ein Neubau am Standort der Beueler Bütt an der Goetheallee im Vergleich zu dem vom OB vorgeschlagenen Neubau am Ennertbad kosten würde. Auch hier ist er der Ansicht, dass dieser bewährte Standort deutliche Vorteile hat, zentraler liegt und für die Mehrzahl der Beueler besser zu erreichen ist, als das Ennertbad.

Die eingeplanten 7,6 Mio. für den Ausbau des Hardtbergbades zu einem als "Familienbad" umschriebenen Spaßbad will der **BBB** einsparen. Die bereits beschlossene Sanierung dieses Schwimmbades für 23,7 Mio. Euro sollte reichen, um für die Bewohner und die Schulen dort ein ausreichendes Schwimmangebot vorzuhalten.

Der BBB freut sich:

Rheinauensee soll 2021 saniert werden



Das soll sich ab 2021 nicht mehr wiederholen

Mit einem Teppich von Algen und Wasserpflanzen auf dem Rheinauensee und mit dem Sterben von Wasservögeln dort soll künftig Schluss sein. Der mit Vorschlägen zur Verbesserung der Wasserqualität beauftragte Gutachter hat ein Sanierungskonzept vorgelegt, das den Erholungswert dieses Landschaftssees sichert und auch seine Nutzung durch Boote künftig flächendeckend ermöglichen soll. Was der **BBB** schon nach dem extremen Algenbefall vor drei Jahren gefordert hatte, dass der See gründlich von Schlamm und Unrat befreit wird, schlägt das Gutachten jetzt auch vor. Denn damit würden aufwändige Pflegemaßnahmen wie z. B. regelmäßiges Mähen der Wasserpflanzen überflüssig. Dadurch könnten nämlich nur Symptome bekämpft, nicht aber die Ursachen der Veralgung dauerhaft beseitigt und der See kuriert werden. Der **BBB** unterstützt dieses Konzept, auch wenn dessen Kosten auf 3,8 bis 4,2 Mio. Euro geschätzt werden. Denn der Rheinauensee ist das Herzstück der zentralen Bonner Park- und Erholungslandschaft und muss ökologisch wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Vorgehen ist die vollständige Entschlammung des Sees für das kommende Jahr. Haushaltsmittel sind zwar beantragt, aber noch nicht bewilligt. Daher drängt der **BBB** darauf, dass das Sanierungskonzept bald auch vom Stadtrat beschlossen wird.